

Belebung der Weltwirtschaft, anhaltende Risiken für die Konjunktur

Die Belebung des Welthandels und der Industrieproduktion deutet darauf hin, dass sich die Weltwirtschaft seit dem Sommer stabilisiert hat. Damit scheint der Tiefpunkt der schweren Rezession überwunden zu sein. Allerdings befinden sich Handel und Produktion in den Industrieländern nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau, und das Risiko eines Rückschlags, ausgehend etwa vom labilen Finanz- und Bankensystem, ist nach wie vor gegeben.

Nach dem tiefsten Einbruch seit Jahrzehnten erholt sich der Welthandel seit dem Frühsommer 2009. Sein Volumen lag allerdings zuletzt immer noch um etwa ein Achtel unter dem Höchststand vom April 2008. Die stärksten Impulse für die Weltkonjunktur gehen zunächst von den asiatischen Schwellenländern aus. In China wird ein umfangreiches Konjunkturprogramm zur Stimulierung der Infrastrukturinvestitionen und der privaten Konsumnachfrage umgesetzt. Aufgrund des Exporteinbruchs hatte sich das Wirtschaftswachstum hier zwar in ähnlichem Ausmaß verlangsamt wie in den Industrieländern (von +13% 2007 auf etwa +7% 2009), doch setzte bereits im II. Quartal 2009 eine teils kräftige Expansion ein. Sie strahlt unterstützt von der Verbesserung der Bedingungen auf den Kapitalmärkten auf die gesamte Region aus. Die lateinamerikanischen Schwellenländer und die erdölexportierenden Länder profitieren von einer Erholung der Rohstoffpreise.

In den Industrieländern stützt vor allem die expansive Wirtschaftspolitik die Nachfrage. Die Geldpolitik ist nach wie vor expansiv, die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte sowie Ausgabenerhöhungen und Steuersenkungen stärken die Nachfrage merklich. Die gelungene Abstimmung sowohl zwischen Geld- und Fiskalpolitik als auch zwischen den Ländern erhöht die Multiplikatoreffekte der Budgetpolitik. Allerdings wirken die zunehmende Sparneigung der privaten Haushalte und die Investitionszurückhaltung der Unternehmen dämpfend. Dies gilt vor allem für die USA, deren 2009 wirksame Konjunkturprogramme mit etwa 2% des BIP doppelt so umfangreich ausfielen als in der EU. Die öffentlichen und eingeschränkt auch die privaten Konsumausgaben begünstigen das BIP, es dürfte im Jahr 2009 dennoch real um 2,7% schrumpfen. Der Immobiliensektor – dessen Einbruch im Jahr 2007 den Auslöser für die Finanzkrise bildete – scheint den Tiefpunkt erreicht zu haben. Der Wirtschaftspolitik ist es mit großem Mitteleinsatz auch gelungen, das Finanzsystem vorerst zu stabilisieren. Weil "toxische Wertpapiere" in erheblichem Ausmaß in den Bilanzen aufscheinen und das Vertrauen zwischen den Finanzmarktakteuren nach wie vor nicht gefestigt ist, dürfte die Situation aber labil bleiben. Für das Jahr 2010 wird mit einem mäßigen Wachstum des BIP gerechnet. Dämpfend wirkt vor allem der Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der die Konjunktur in den USA auch mittelfristig prägen dürfte.

Im Euro-Raum schrumpfte das BIP von Mitte 2008 bis Mitte 2009 kräftig, im Durchschnitt des Jahres 2009 dürfte es real um 4% zurückgehen. Seit Jahresmitte folgt dem tiefen Konjunkturerinbruch eine vorsichtige Erholung der Produktion. Sie ist vor allem der expansiven Fiskalpolitik zuzuschreiben, die zunehmend nachfragewirksam wird, geht aber auch auf das Ende des Lagerabbaus und zunehmende Nachfrage aus Asien zurück. Durch eine Zunahme der Nachfrage aus Nord- und Lateinamerika sowie von rohstoffexportierenden Ländern könnte sie verstärkt werden.

Innerhalb des Euro-Raumes verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. Besonders stark von der Krise betroffen waren jene Länder, in denen eine Immobilienpreisblase platzte (etwa Spanien und Irland) oder deren Wirtschaft überdurchschnittlich vom Export abhängt (etwa Deutschland und die Niederlande). In Frankreich fiel die Rezession deutlich verhaltener aus, weil die Konsumnachfrage stabilisierend wirkte. Industrieproduktion und Auftragseingänge steigen in den meisten Ländern des Euro-Raums mittlerweile wieder. Die Wirtschaft dürfte im Jahr 2010 real um knapp 1% wachsen, die Erholung bleibt damit sehr schwach. Mehrere Faktoren wirken bremsend:

- Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen ist nach wie vor sehr niedrig; dies hemmt die Investitionsbereitschaft.
- Unter dem Druck des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der hohen Unsicherheit durch die Erschütterungen des Finanzsystems nimmt in vielen Ländern die Sparneigung der privaten Haushalte zu und dämpft so die Konsumnachfrage.
- Im Jahr 2010 werden nur noch wenige zusätzliche stimulierende Effekte der Fiskalpolitik wirksam.
- Die Lage vieler europäischer Banken ist nach wie vor labil; dies könnte die Bereitschaft zur Kreditvergabe beschränken.
- Der Euro wertet gegenüber dem Dollar stetig auf.
- Versuchen die Länder mit hohem Leistungsbilanzdefizit wie Spanien und Portugal, ihren Außenwirtschaftssaldo zu korrigieren, ohne dass die Überschussländer wie Deutschland, die Niederlande und Österreich ihre Binnennachfrage ausweiten, so droht ein zusätzlicher restriktiver Effekt auf den Wirtschaftsraum.

Aufgrund des tiefen Einbruchs der Produktion nahm die Arbeitslosenquote im Euro-Raum kräftig zu. Kurzarbeit erwies sich in vielen Ländern als sehr erfolgreiches Instrument zur Dämpfung des Beschäftigungseinbruchs. Dennoch dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 fast 11% der Erwerbspersonen erreichen. Bleibt die Konjunkturerholung verhalten, dann dürfte die Arbeitslosigkeit von sehr hohem Sockel ausgehend nur langsam sinken.

Die neuen EU-Länder wurden von der Wirtschaftskrise mehrfach getroffen: Die Rezession bei den westlichen Handelspartnern hatte einen Einbruch von Export und Industrieproduktion zur Folge, das Versiegen der Kapitalzuflüsse beeinträchtigte die in erheblichem Ausmaß kreditfinanzierte Konsum- und Baunachfrage. Während die polnische Wirtschaft, die weniger auf Außenhandel und internationale Kredite angewiesen ist, nicht schrumpfte, ging das BIP in den

baltischen Ländern schon 2009 um etwa ein Fünftel zurück. In mehreren neuen EU-Ländern kann trotz der Stabilisierung der internationalen Konjunktur auch 2010 kein Wirtschaftswachstum erwartet werden. Unter dem Druck internationaler Kapitalgeber werden Sparpakete zusammengestellt, die Budgetpolitik wirkt vor allem in Ungarn, Rumänien und dem Baltikum stark prozyklisch.

Wien, am 27. November 2009.

Rückfragen bitte an

Dr. Markus Marterbauer, Tel. (1) 798 26 01/303, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Dr. Stefan Ederer, Tel. (1) 798 26 01/464, Stefan.Ederer@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 11/2009

(http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37543&typeid=8&display_mode=2)

Tabellen und Graphiken zu den Presseaussendungen des WIFO finden Sie jeweils auf der WIFO-Website, <http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=12>.